

Presseinformation

Nr. 009 / 2015

Kiel, Donnerstag, 15. Januar 2015

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verkehr / Fehmarnbelt

Christopher Vogt: Die Feste Querung darf nicht zum Symbol für verpasste Chancen werden

Zur aktuellen Berichterstattung über die Zukunft der Fehmarnbeltquerung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Wir halten die Feste Fehmarnbeltquerung nach wie vor für ein sehr sinnvolles und zukunftsweisendes Verkehrsprojekt für ganz Nordeuropa. Angesichts der Tatsache, dass die dänische Seite dieses Projekt in jedem Fall schnellstmöglich realisieren wird, müssen wir uns auf deutscher Seite nun endlich mehr Mühe geben, ebenso schnell eine angemessene Anbindung zu schaffen. Diese muss die zukünftigen Verkehre aufnehmen können, verträglich für Mensch, Umwelt und Tourismuswirtschaft und nicht zuletzt auch finanzierbar sein.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollten endlich alle politischen Akteure konstruktiv daran mitwirken und zwar losgelöst von der Frage, ob man das Projekt nun befürwortet oder nicht. Die Realisierung zieht schließlich niemand mehr ernsthaft in Zweifel. Dass sozialdemokratische und grüne Abgeordnete hier noch immer Oppositionsarbeit gegen die eigene Landesregierung betreiben, ist zwar etwas merkwürdig, darf Bund, Bahn und Land aber nicht davon abhalten, endlich zielstrebig an einem Strang zu ziehen.

Es ist kein Zufall, dass die Planung für das Ergänzungsbauwerk am Sund jetzt erst startet und die neue Bahnanbindung wohl nicht rechtzeitig fertig wird. Es hat vor allem bei der Bundesregierung und der Bahn leider schon seit Jahren an ernsthaftem Interesse gemangelt und das Land hat zu wenig darauf hingewirkt, dieses zu ändern. Die Dänen werden nicht auf uns warten. Wenn die Region Ostholstein und das Land von den Chancen, die dieses Projekt mit sich bringt, von Anfang an profitieren sollen, müssen sich Bund, Bahn und Land endlich mehr anstrengen. Dies ist die Bundes- und Landespolitik nicht zuletzt den Anwohnern der alten Bahntrasse und der Tourismuswirtschaft in der Lübecker Bucht schuldig.

Es ist völlig klar, dass die Kosten für die Anbindung nicht zu Lasten anderer Verkehrsprojekte des Bundes in Schleswig-Holstein gehen dürfen. Der Staatsvertrag zur Realisierung der Beltquerung wurde schließlich von den nationalen Parlamenten beschlossen. Die Feste Querung darf nicht zum Symbol für verpasste Chancen werden.“